

*Veränderungen bis zu ±3 liegen im Zufallsbereich. Sie werden deshalb nicht ausgewiesen.

Emnid-Umfrage für den SPIEGEL; 1382 Befragte, 11. Februar 1998

Euro-Verschiebung

„Der Euro soll am 1. Januar 1999 eingeführt werden. Soll der Start verschoben werden, oder fürchten Sie, daß eine Verschiebung so kurz vor dem geplanten Beginn negative wirtschaftliche Auswirkungen haben würde?“

verschieben



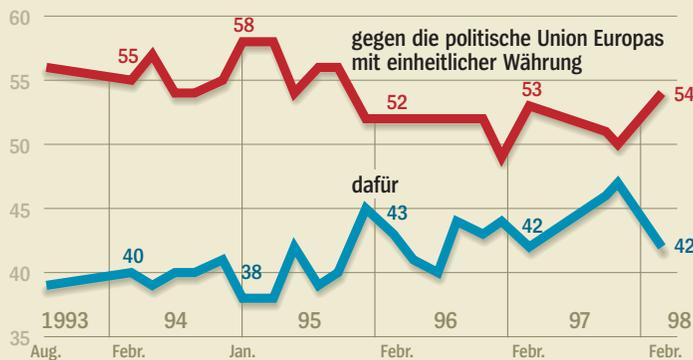
pünktlich einführen



	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Grüne
verschieben	55	70	42	65
pünktlich einführen	39	24	58	34

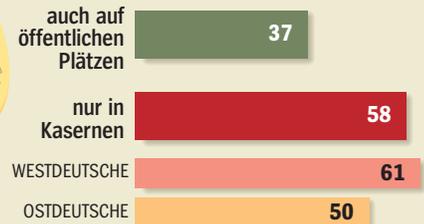
Einheitliches Europa

„Wenn es in Deutschland eine Volksabstimmung über die Umwandlung der europäischen Gemeinschaft in eine politische Union mit einheitlicher Währung gäbe, wie würden Sie sich entscheiden?“

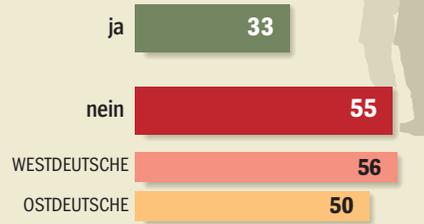


Gelöbnisse der Bundeswehr

„Sollen die Bundeswehrgelöbnisse auch auf öffentlichen Plätzen stattfinden oder lieber nur in den Kasernen?“



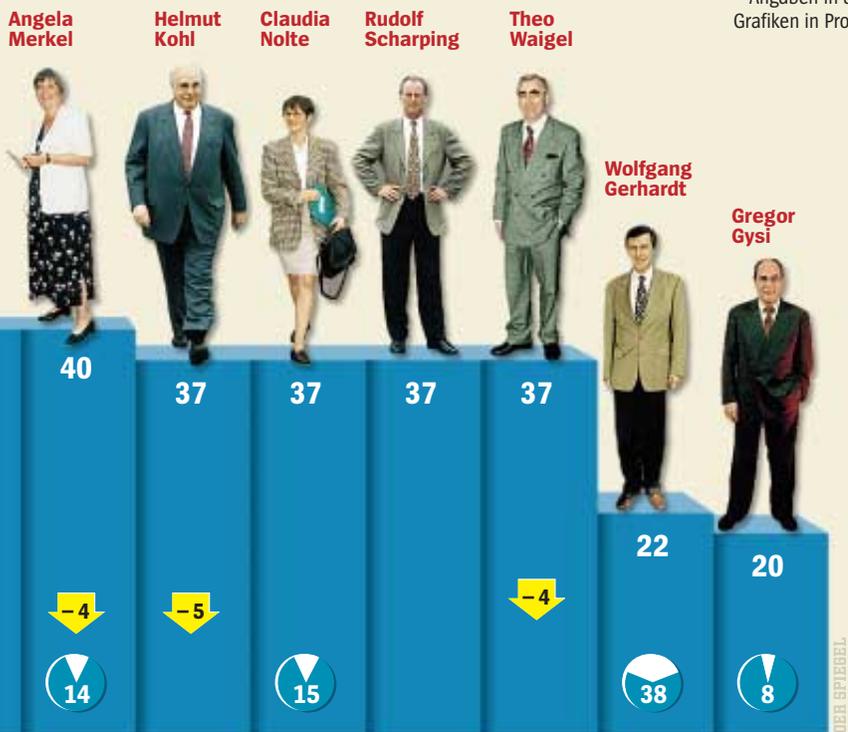
„Sind Sie dafür, daß Bundeswehrgelöbnisse am 13. August (Tag des Mauerbaus) stattfinden?“



Spitzenduo Schäuble/Schröder

Emnid nannte die Namen von 20 Spitzenpolitikern. Der Anteil der Befragten, die den jeweiligen Politiker kennen und es gern sähen, wenn er künftig „eine wichtige Rolle spielen“ würde, und die Veränderungen zur letzten Umfrage im Dezember.

Angaben in allen Grafiken in Prozent



Bonner Koalition? Nein danke

Vor der Niedersachsen-Wahl am 1. März herrscht unter den SPD-Anhängern, allen parteiinternen Querelen zum Trotz, starker Optimismus: 78 Prozent der SPD-Wähler glauben, daß die Aussichten für die größte Bonner Oppositionspartei momentan besonders günstig seien. Gute Chancen räumen der SPD derzeit auch 36 Prozent der Unionsanhänger ein – so das Ergebnis der Februar-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für den SPIEGEL.

Zugleich steigt unter den Bundesbürgern der Überdruß an der gegenwärtigen Bonner Koalition. Nur noch 13 Prozent aller Befragten glauben, daß CDU/CSU und FDP die anstehenden Probleme am besten lösen können. Im Januar sagten das noch 17 Prozent. Selbst 22 Prozent der CDU/CSU – und sogar 71 Prozent der FDP-Anhänger plädieren für einen Regierungswechsel.

Auch bei den Themen, die den Deutschen am wichtigsten sind – Arbeitslosigkeit und Sicherheit der Renten – trauen die Bundesbürger der SPD mehr zu als den Unionsparteien. 25 Prozent glauben, daß die Sozialdemokraten Arbeitslosigkeit am besten bekämpfen können, nur 20 Prozent hoffen auf die Unionsparteien. In Sachen Rente ist der Vertrauensvorsprung der SPD noch größer: 34 Prozent erwarten hier eher positive Anstöße von den Sozialdemokraten, 26 Prozent setzen auf die CDU/CSU.

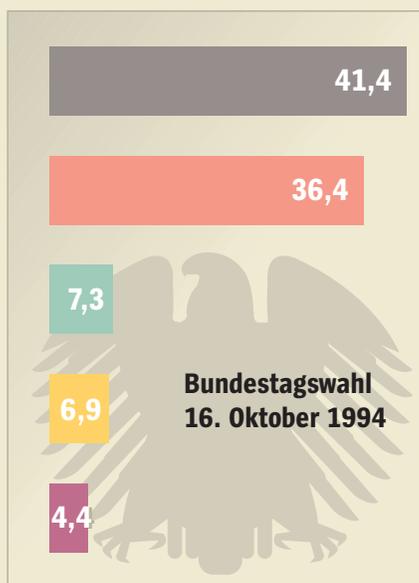
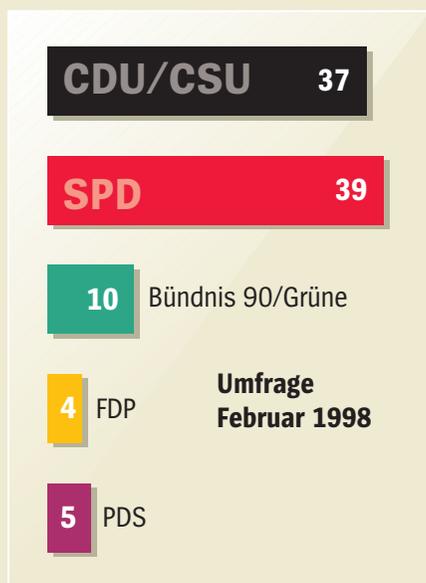
Bei beiden Fragen steigt allerdings auch der Anteil derjenigen, die sich von dem ganzen Bonner Betrieb nichts mehr erhoffen. 46 Prozent glauben, daß keine der Parteien wirksame Rezepte gegen die Arbeitslosigkeit habe. Ebenso pessimistisch sind 31 Prozent der Befragten im Hinblick auf die Sicherung der Renten.

Den Unionsparteien billigen die Deutschen allerdings besondere Fähigkeiten bei der Verbrechensbekämpfung zu – 39 Prozent setzen auf CDU/CSU, nur 17 Prozent auf die SPD. In der Frage der europäischen Einigung halten sogar 53 Prozent die Unionsparteien für besonders effektiv und nur 14 Prozent die SPD.

Doch Europa-Kompetenz allein wird der Union in diesem Jahr kaum durch die Wahlen helfen. Zwar halten 57 Prozent die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für „eine gute Sache“. Doch unter den Themen, für die sich die Deutschen besonders interessieren, rangiert Europa ganz hinten. Nur zwölf Prozent finden es besonders wichtig, die Vereinigung Europas voranzubringen. Die Stimmung ist misera-

Sonntagsfrage

„Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“

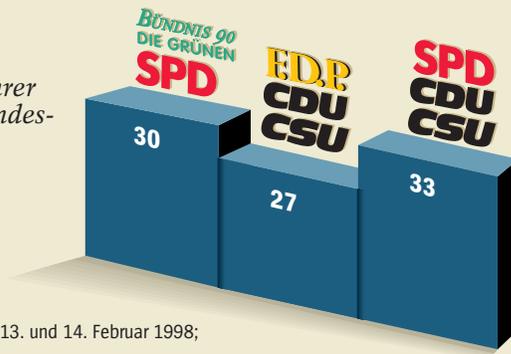


1092 Befragte; an 100 fehlende Prozent: sonstige



Künftige Koalition

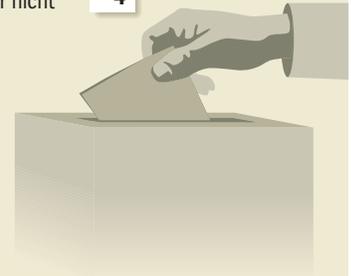
„Welche Koalition wird nach Ihrer Meinung aus der nächsten Bundestagswahl hervorgehen?“



Emnid-Umfrage für den SPIEGEL; 915 Befragte, 13. und 14. Februar 1998; an 100 fehlende Prozent: keine Angabe

Wahlteilnahme

„Werden Sie sich an der Bundestagswahl beteiligen?“



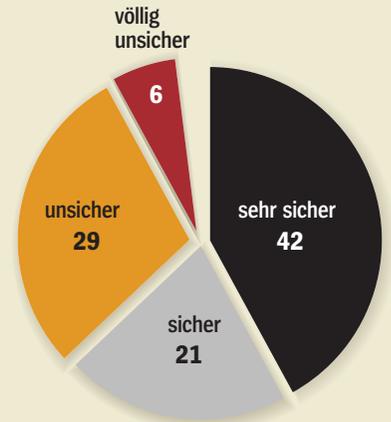
Große Lösung

„Welche Koalition könnte nach Ihrer Meinung die anstehenden Probleme am besten lösen?“

	Veränderung gegenüber dem Vormonat	ANHÄNGER VON			
		CDU/CSU	SPD	B. 90/Grüne	FDP
Große Koalition CDU/CSU und SPD	49 +9	60	40	19	75
SPD und Bündnis 90/Grüne	23 +6	-	44	73	5
CDU/CSU und FDP	13 -4	34	4	-	13

Wahlentscheidung

„Wissen Sie schon, welcher Partei Sie bei der kommenden Bundestagswahl Ihre Stimme geben werden?“



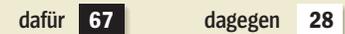
Kanzler-Wahl

„Wenn Sie die Wahl hätten – wen würden Sie lieber als Bundeskanzler sehen?“



Regierungswechsel

„Sind Sie für oder gegen einen Regierungswechsel in Bonn?“



DER SPIEGEL

bel für die Koalition. Das zeigt auch das Ergebnis der sogenannten Sonntagsfrage: Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, würden SPD und Grüne mit zusammen 49 Prozent der Stimmen eine klare Mehrheit der Mandate kassieren.

Allerdings macht ein Hoch im Februar noch lange keinen rot-grünen Herbst. Auch

bei der letzten Bundestagswahl 1994 standen die Zeichen im Februar deutlich auf Wechsel. Damals kam Rot-Grün auf 48 Prozent, die Koalition auf 43 Prozent. Doch im Juni kippte die Stimmung zugunsten von Union und FDP.

Und noch etwas könnte den Sozialdemokraten die Laune verderben: Zwar kann der Kandidaten-Kandidat Gerhard Schröder

der seine Position auf der Beliebtheitskala halten. Rivale Oskar Lafontaine verliert jedoch im Vergleich zur Dezember-Umfrage acht Prozentpunkte. Und bei der Frage, wen sich die Deutschen als Kanzler wünschen, liegt CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble inzwischen nicht nur vor Oskar Lafontaine, sondern auch knapp vor Gerhard Schröder. ♦